Die PARTEI & Volt
Fraktion im Rat der Hansestadt Hannover

Hannover, den 07. Dezember 2022

An den
Oberbürgermeister Belit Onay
Trammplatz 2
30159 Hannover

In den Verwaltungsausschuss

Haushaltsplan 2023 / 2024 - Ergebnishaushalt

Änderungsantrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zur DS 2027/2022:

Haushaltsbegleitantrag

Hannover dekolonialisieren

Teilhaushalt: 41 Kultur
Produkt: 27304 Bildungsnetzwerke

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Sammeltopf "Dekolonialisierung" in auskömmlicher Summe in den Haushalt einzustellen. Mit diesen Mitteln sollen Initiativen und Gruppen Zugriff auf Gelder für Projekte zum Thema Dekolonialisierung erhalten.

Darüber hinaus stellt die Verwaltung 100.000 € in 2023 und weitere 200.000 € in 2024 in den Haushalt. Dieses Geld soll für zusätzliches Personal und die Planung eines Beteiligungsprozesses zur Dekolonialisierung von Hannover genutzt werden.

Zusätzlich werden entsprechende finanzielle Mittel eingestellt, um im Jahr 2023 mit Expert*innen, Initiativen, Gruppen, Verwaltung, Politik und interessierten Menschen eine Auftaktveranstaltung zum genannten Thema durchzuführen. Ziel der Veranstaltung ist die Weichenstellung für den genannten Beteiligungsprozess.

Begründung:

Hannover lässt sich nicht mit vorhandenen "Bordmitteln" dekolonialisieren. Klar ist aber auch, dass bei diesem Thema an mehr gedacht werden muss als die Umbenennung von ein paar Straßen. Es geht um die Vergangenheit unserer Stadt, es geht um die Verteilung von und den Zugriff auf Ressourcen, es geht um koloniale Strukturen in der Stadtverwaltung. Bei diesem Prozess braucht es diverse Akteur*innen von Wissenschaft zu betroffenen Personen, von Politik und Verwaltung bis zur Mitnahme der Stadtgesellschaft.

Die PARTEI & Volt
Wagenerstr. 9 A
30169 Hannover

0511 54 61 51 55
DieParteiUndVolt@Hannover-Rat.de
www.parteiundvolt.de

Bei der stattgefundenen Anhörung mit vielen Expert*innen wurde deutlich, dass es eindeutigen Handlungsbedarf gibt, aber eine Dekolonialisierung kein einfacher Prozess ist und zwischen 5 bis 15 Jahren dauern kann. Deswegen müssen wir jetzt Maßnahmen ergreifen. Es ist ausschlaggebend, dass möglichst viele Akteure*Innen beteiligt und mit einbezogen werden und das Thema ganzheitlich betrachtet wird. Warum warten, bis die Menschen wie in Bristol Statuen selbstständig entfernen, weil die Politik untätig bleibt?

Ziel ist die Aufarbeitung der eigenen Kolonialgeschichte und die ganzheitliche Dekolonialisierung der Stadt – ein Projekt, das wie beschrieben nicht innerhalb von zwei Jahren abgeschlossen sein wird. Damit wir aber endlich vorankommen, braucht es nun entsprechende finanzielle und personelle Mittel.

Joana Zahl
Fraktionsvorsitz